

Antrag vom 20.03.2026

Eingang bei: L/OB

Datum: 20.03.2026

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Polizeieinsatz gegen Gegendemonstranten am 07. März 2026 – Was kann künftig zur Deeskalation getan werden?

Wir beantragen, dass Polizei und Verwaltung zu folgenden Fragen Stellung nehmen:

1. Welche Auflagen hat die Stadt den Organisatoren (Querdenkerdemo und Gegendemonstrationen) jeweils erteilt? Wie wurde insbesondere der öffentliche Raum zwischen den einzelnen Gruppen aufgeteilt?
2. Wie war die Kommunikation zwischen der Versammlungsbehörde/Stadt und der Polizei während des Einsatzes? Von wie vielen Demonstrierenden ging die Polizei in der Einsatzvorbereitung aus? Welche Vorkehrungen wurden von Seiten der Polizei für Ingewahrsamnahmen und Festnahmen getroffen?
3. Aufgrund welcher Abwägungen wurde von der Einsatzleitung der Polizei der Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray angeordnet und als verhältnismäßig betrachtet?
4. Wie hätte eine Trennung der Demonstrationen ohne den Einsatz von Pfefferspray aussehen können?
5. Aufgrund welcher einsatztaktischen und organisatorischen Gründe kam es durch die Polizei zu freiheitseinschränkenden Maßnahmen durch die Einschließung von bis zu 8 Stunden? Wie kann eine so lange Zeitdauer zukünftig polizeiseitig verhindert werden?
6. Welche Maßnahmen könnten künftig zur Deeskalation beitragen?

Begründung:

Der Polizeieinsatz am 07. März 2026 auf dem Marienplatz in Stuttgart führte zum Einsatz von Pfefferspray, Schlagstöcken und zu freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, die bis zu 8 Stunden andauerten. In einer Berichterstattung im Nachgang zur Demonstration und der Gegendemonstration wurde bereits auf einige Punkte eingegangen. Da im Verwaltungsausschuss im Rahmen des Antrags 283/2026 berichtet wird, wollen wir wissen, welche präventiven Maßnahmen bei künftigen Demonstrationen zur Vermeidung einer Eskalation getroffen werden können.

Gez.

Andrea Münch
Afina Albrecht
Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Anlage/n
Keine